

Pressemitteilung vom 10.04.2024

Nein zur Abschaffung des Rechts auf Asyl in der EU!

„Grenzverfahren in Haftlagern, Abschiebungen in unsichere Drittstaaten, mehr Deals mit Autokraten - mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems drohen beispiellose Asylrechtsverschärfungen, die sich verheerend auf die Lage von Geflüchteten in Europa auswirken werden. Das EU-Parlament hat heute die Chance, diese dystopische Zukunft noch abzuwenden, indem es dem Entrechtungspaket seine Zustimmung verweigert. Ich appelliere an die Mitglieder des EU-Parlaments, der Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes in Europa eine Absage zu erteilen“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Clara Bünger, zur bevorstehenden Abstimmung über das europäische Asylsystem im EU-Parlament. Bünger weiter:

„Schon jetzt werden auf den griechischen Ägäis-Inseln Menschen inhaftiert, die nichts anderes getan haben, als einen Asylantrag zu stellen. Die Zustände in den Haftlagern sind so desaströs, dass selbst Kinder dort Suizid-Versuche unternehmen. Zehntausende sind bereits auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken, unzählige mehr wurden an den Landgrenzen von Grenzbeamten krankenhaushausreif geprügelt, um sie am Grenzübertritt zu hindern.

Es stimmt: Das Europäische Asylsystem muss grundlegend reformiert werden - aber nicht, indem diese menschenunwürdigen Zustände legalisiert werden. Im Gegenteil müssen die Rechte von Schutzsuchenden gestärkt, internationales Recht geachtet und staatliche Verbrechen konsequent verfolgt werden. Die Linke wird auch in Zukunft an der Seite von Geflüchteten für deren Rechte kämpfen, ganz unabhängig davon, wie die Abstimmung im EU-Parlament heute ausgeht.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke